

Zeitschrift für Diskursforschung
2. Beiheft 2018

**Zeitschrift für
Diskursforschung**
Journal for
Discourse Studies

**Diskursive Konstruktion und
schöpferische Zerstörung**

2. Beiheft

Saša Bosančić | Stefan Böschen |
Cornelius Schubert (Hrsg.)

BELTZ JUVENTA

Inhalt

<i>Saša Bosančić, Stefan Böschen, Cornelius Schubert</i> Editorial: Innovationsdiskurse und Diskursinnovationen	3
<i>Robert Jungmann und Cristina Besio</i> Semantiken des sozialen Wandels Zur diskursiven Gestaltung von Innovation	11
<i>Stefan Böschen, Andreas Lösch, Linda Nierling</i> Degrowth: diskursive Normalisierung als innovatorische Radikalisierung?	43
<i>Clemens Blümel</i> Legitimes Sprechen über Innovation? Die Nutzung von Innovationsverständnissen im wissenschafts- politischen Feld	71
<i>Joscha Wullweber</i> Nanotechnologie als Allgemeinwohl Zur politisch-ökonomischen Konstruktion von Innovation	103
<i>Simon Egbert, Bettina Paul</i> Moderne Verfahren der Lügendetektion als sicherheits- politische Innovationen Technikgenese zwischen diskursiven Versprechungen und materialen Rückwirkungen	129
<i>Inka Bormann, Tobias Schröder, Jasmin Luthardt</i> Zur diskursiven Herstellung von Innovation Überlegungen zur Kombination von Kognitions- und Diskursforschung	160

<i>Lilli Braunsch, Jannis Hergesell, Clelia Minnetian</i>	
Stumme Ökonomisierung	
Machteffekte in Innovationsdiskursen	183
Die Autorinnen und Autoren	216

Stumme Ökonomisierung

Machteffekte in Innovationsdiskursen

Zusammenfassung: Innovationsdiskurse sind in der gegenwärtigen Gesellschaft zentraler Bestandteil bei der (Re-)Produktion sozialer Strukturen. Inwieweit strategische und nicht intendierte Machteffekte in Innovationsdiskursen wirken, ist allerdings nur unzureichend erforscht. In dem Artikel wird anhand von drei empirischen Beispielen gezeigt, wie die Implementierung von ökonomischen Wahrnehmungs- und Deutungsmustern als Machteffekt verstanden werden kann. These des Artikels ist, dass es aufgrund der persuasiv-positiven Konnotation in Kombination mit der semantischen Anschlussfähigkeit an ökonomische Logiken zu deren nicht konfrontativen Integration in verschiedene gesellschaftliche Bereiche kommt. Diskursperspektiven schärfen so für die Innovationsforschung den Blick für die diskursive Konstruktion von Innovationen und die daraus folgenden Machteffekte.

Schlagwörter: Innovationsdiskurs, Macht, Machteffekt, Ökonomisierung, Deutscher Bundestag, Pflege, Berufsberatung

Summary: Innovation discourses are a central element of recent societies regarding their (re)production of social structures. Though regarding these innovation discourses the state of research does not consider the role of strategic and unintended power effects produced by them. So this article analyses through three empirical cases how the implementation of economical interpretative schemes (Deutungsmuster) can be understood as power effects. The article states that the persuasive-positive connotation of innovations along with the semantic connectivity with economical logics causes a non confrontative integration of latter into different social fields. Thereby discourse perspectives in innovation research focus on the discursive dimension of the construction of innovations and their induced power effects.

Keywords: Innovation Discourse, Power, Power Effects, Economization, German Bundestag, Care, Vocational Orientation

1. Innovation, Diskurs, Macht: eine diskursanalytische Perspektive auf Innovationsphänomene¹

Innovationen und das Reden darüber sind in unserer gegenwärtigen Gesellschaft zu einem ubiquitären Phänomen geworden, wobei Innovationen als Lösungen für die vielfältigsten technischen und gesellschaftlichen Probleme geltend gemacht werden. Durch jene Entgrenzung aus den konventionellen Feldern Technik, Wissenschaft und Wirtschaft können sie nicht mehr mit einer rein technisch-ökonomischen Perspektive gegenstandsangemessen untersucht werden, sondern benötigen einen genuin sozialwissenschaftlichen Zugang (Hutter et al. 2011; Rammert/Passoth 2016). Darüber hinaus kann neben konkreten Innovationsphänomenen eine diskursive Explosion festgestellt werden, mit der ein wirkmächtiger Innovationsimperativ einhergeht. Unter Rekurs auf Innovationswissen werden in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen bewusst Innovationen gefordert und gefördert. Werden nun Innovationen nicht mehr nur unter einer Perspektive der Durchsetzung ökonomisch erfolgreicher Produkte und technisch verbesserter Verfahrensweisen betrachtet, rücken die komplexen sozialen Strukturen – in denen sich Innovationsphänomene konstituieren – in den Fokus. Innovationen – inklusive ihrer Wahrnehmung, Durchsetzung und Folgen – werden damit zentraler Gegenstand der Sozialwissenschaften. Auch wenn eine ausgearbeitete sozialwissenschaftliche Definition des Innovationsbegriffes entsprechend ihrer empirischen Diversität nicht gegeben ist, können Innovationen prinzipiell gegenüber Altem als verbessert wahrgenommene Neuerungen in Form von neuen Wissensbeständen, Handlungen oder Materialitäten beschrieben werden (Braun-Thürmann 2005, S. 6; Knoblauch 2016, S. 111 f.).²

Aus dieser Sicht werden Neuerungen also als Innovationen konstruiert, wenn sie mit einer intersubjektiv nachvollziehbaren und durchsetzbaren Wahrnehmung von verbesserter Neuheit einhergehen (Knoblauch 2016,

1 Für Anregungen und Kritik danken wir Robert Jungmann.

2 Wobei hier etwa mit Verweis auf Godin (u. a. 2008) angemerkt werden kann, dass es historisch auch andere dominante Innovationsverständnisse gab, die Innovation zwar schon als Veränderung, jedoch nicht als Verbesserung gefasst haben. Folglich sind die Wahrnehmungs- und Deutungsmuster historisch variabel.

S. 115 ff.). Bei jener gesellschaftlichen Konstruktion von Innovationsphänomenen sind *Innovationsdiskurse* maßgebend, wobei diese als aufeinander bezogene Aussageereignisse definiert werden können, in denen eine diskursive Aushandlung unterschiedlicher Akteure über heterogene Mechanismen der Konstruktion und Durchsetzung von Neuerungen als Innovationen stattfinden. Dabei werden Innovationsdiskurse nicht nur als Diskursformationen verstanden, die sich explizit lexikalisch auf Innovation beziehen, sondern auch Semantiken, welche die Bedeutung von Innovation durch Verknüpfung oder Übersetzung auf der semantischen Ebene (re-)produzieren. Diese Übersetzungen schließen häufig an die feldspezifischen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster an: Sie können zum Beispiel die Steigerung von gesellschaftlichem Wohlstand, wirtschaftlicher Effizienz oder Wachstum wie auch Wettbewerb oder Lebensqualität thematisieren. In Anlehnung an Foucault lassen sich dabei Diskurse als „strukturierende Praktiken gesellschaftlicher Wissensverhältnisse“ (Keller 2005, S. 63) verstehen, die den Fokus auf das Wissen und die darin verankerten Machtverhältnisse wie auch auf die Materialität in den Diskursen richten (siehe zum Diskursbegriff u. a. Keller 2011, S. 234 ff.).

Folgt man der Gesellschaftsdiagnose der *Innovationsgesellschaft* (Hutter et al. 2011) und versteht damit Innovationsdiskurse als formationsspezifisches Kriterium der zeitgenössischen Vergesellschaftung, über welches Wissensbestände und Machtpositionen diskursiv ausgehandelt werden, bieten Diskursperspektiven einen vielversprechenden analytischen Zugriff auf Machtaspekte als essentielles Element des Gesellschaftlichen. Damit können die Ursachen und Wirkungen von Innovationsdiskursen – die bisher noch unzureichend erforscht wurden, aber für das Verständnis der rezenten Gesellschaft zentral sind – spezifischer in den Blick genommen werden. Anhand von drei unterschiedlichen Diskursperspektiven ergründet der vorliegende Beitrag *strategische* sowie *nicht intendierte* Machteffekte von Innovationsdiskursen, die in unterschiedlichen Innovationsphänomenen zum Ausdruck kommen. Dabei ist es zentrales Ziel des Artikels, diskursive Machtphänomene gegenstandsangemessen sowohl hinsichtlich ihrer konstituierenden Wirkung in Innovationsdiskursen als auch bezüglich ihrer Effekte auf soziale Strukturen zu untersuchen.

In Erweiterung des foucaultschen Ansatzes wird hier im Sinne der Wissenssoziologischen Diskursanalyse in Form einer empirisch-reflektierten Wissensforschung von sinnorientiert handelnden Akteuren ausgegangen, die sinnhaft-deutend entsprechend bestimmter Sinnstrukturierungen ihrer Lebenswelt handeln (Keller 2005, S. 60 ff.). Ein zentraler Zugang zu sozialem Sinn ist dabei die Untersuchung von gesellschaftlich geteilten Wahr-

nehmungs- und Deutungsmustern.³ Diese werden in Innovationsdiskursen machtvoll konstituiert und durchgesetzt. Macht als integraler Bestandteil jeder Form von Sozialität (Elias 1986) ist unabdingbar verflochten mit überindividuell anerkannten Wissensbeständen und den Verfahrensweisen ihrer Aushandlungen. Im Anschluss an Foucault wird hier von einem produktiven, relationalen Machtverständnis ausgegangen, wobei Macht „Dinge produziert, Lust verursacht, Wissen hervorbringt, Diskurse produziert; man muß sie als ein produktives Netz auffassen, das den ganzen sozialen Körper überzieht“ (Foucault 1978, S. 35). Machtverhältnisse, die aus gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen, sind somit nicht nur repressiv – über Verbot, Zensur und Verneinung – zu verstehen, sondern verfügen auch über eine ermöglichende Wirkung zur Bildung von Wissen und dessen Durchsetzung (Foucault 1973, S. 49 f., S. 110). Dabei ist Macht nie absolut, sondern wird als dynamisch relationales Beziehungsgeschehen konzipiert, welches auch immer Gegenmacht impliziert. Die Auswirkungen dieser Machtverhältnisse in Innovationsdiskursen sind empirisch durch konkrete *Machteffekte* beobachtbar. Wie in den folgenden empirischen Beispielen gezeigt wird, kommen diese in Form von Institutionalisierungsprozessen und semantischen Bedeutungsweisen, materialen Objekten, Praktiken oder Subjektivierungseffekten zum Ausdruck (siehe dazu auch Keller 2011, S. 266). Ein Alleinstellungsmerkmal der Diskursperspektive in der Innovationsforschung – so kann an dieser Stelle zusammenfassend festgehalten werden – ist ihr Potential, Machteffekte zu untersuchen, die in der Durchsetzung von Wahrnehmungs- und Deutungsmustern oder von Diskursstrategien entstehen und sich in Prozessen, Praktiken, Subjektivierungen und Materialität im Praxisfeld niederschlagen (Engelhardt 2015, S. 136 f.).

Als zentrales empirisches Phänomen in Bezug auf Machteffekte in Innovationsdiskursen zeigt sich dabei die *Implementierung ökonomischer Wahrnehmungs- und Deutungsmuster*. Die positive Konnotation von Innovationen in Kombination mit der semantischen Anschlussfähigkeit an Interessen der Effizienzsteigerung, Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit führt zur Implementierung von ökonomischen Logiken in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Als spezifisches Machtphänomen von Innovationsdiskursen zeigt sich dabei eine gegenüber anderen Diskursen weniger kon-

3 Die hier gemeinte Verwendung von Wahrnehmungs- und Deutungsmustern bezieht sich auf die aus der Sozialphänomenologie hervorgegangenen wissenssoziologischen Bedeutungskonstitution im Sinne von sozialisationsbedingten Relevanzstrukturen und Typisierungen der Akteure (Schütz 1993, S. 111 ff.; Schütz/Luckmann 1979, S. 224 ff., 363 ff.; siehe zur wissenssoziologischen Deutungsmusteranalyse auch Keller 2014).

frontative Neuaushandlung bzw. Machtverschiebung, welche auf die persuasiven positiven Eigenschaften von Innovationen zurückzuführen sind. Dabei ist die Durchsetzung und Implementierung dieser Ökonomisierung schon als Machtphänomen zu verstehen, welches sich im Anschluss an die Formationsbedingungen von Innovationsdiskursen sowie aus den unterschiedlichen Machtpotentialen der Teilnehmer des Diskurses heraus konstituiert und wiederum heterogene Machteffekte in Form von (Neu-)Aushandlung sozialer Ordnungen produziert.

Mit diesem Zugriff auf Machteffekte wird mittels der Diskursperspektiven anhand dreier Fallbeispiele untersucht, wie sich Machtbeziehungen in Innovationsdiskursen auf die Durchsetzung von Wahrnehmungs- und Deutungsmustern sowie Diskursstrategien auswirken. Dabei wird untersucht, welche Effekte diese hinsichtlich Institutionalisierungen, Praktiken, Subjektivierungen und Materialitäten haben. Das erste Beispiel beschäftigt sich mit Innovationsdiskursen im Deutschen Bundestag und fokussiert die Bedeutungsmacht des Innovationsbegriffes als Folge diskursübergreifender Strukturierungsprozesse. Das zweite Beispiel adressiert die Durchsetzung partieller strategischer Interessen in der Pflege von Menschen mit Demenz als Machteffekte in Innovationsdiskursen. Schließlich werden im dritten Beispiel Formen von Subjektivierungspraktiken junger Menschen im Kontext von Innovationsdiskursen in der staatlichen Berufsorientierung untersucht. So können Gemeinsamkeiten und Unterschiede verschiedener Innovationsdiskurse und deren Machteffekte aufgezeigt sowie ein empiriegeleiteter Zugang zum Verständnis von Macht in Innovationsprozessen vorangetrieben werden.

In diesem Beitrag werden in den drei empirischen Beispielen die methodologischen Diskursperspektiven der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (Keller 2011) – einer am Wissenssoziologischen Dispositivkonzept (Bührmann/Schneider 2012) orientierten Diskursanalyse – sowie der Gouvernementalitätsanalyse (Foucault 2004) verwendet. Aufgrund der Diversität der Ansätze einigen wir uns auf die oben formulierten theoretischen Begrifflichkeiten, die unserer methodischen und theoretischen Herangehensweise gemeinsam zu Grunde liegen. Die Absicht ist, explorativ die Potentiale diskursanalytischer Ansätze für die Innovationsforschung am Beispiel von Machteffekten deutlich zu machen. Der methodologische Pluralismus hat zum Vorteil, dass das Potential von Diskursansätzen in der Innovationsforschung aus verschiedenen Theorie- bzw. Methodologietraditionen heraus aufgezeigt werden kann, die hier insbesondere mit dem Fokus auf *Machteffekte* in den Blick genommen werden.

2. Innovationsdiskurse in der Politik, dem Gesundheitssektor und der Berufsorientierung

Diese plurale Perspektive zur Untersuchung von Machteffekten in heterogenen Innovationsdiskursen wird im Folgenden anhand der Wissenssoziologischen Diskursanalyse am Beispiel der Innovationsdiskurse im Deutschen Bundestag, des Wissenssoziologischen Dispositivkonzeptes in Bezug auf innovative technische Assistenzsysteme in der Pflege sowie der gouvernementalitätsanalytischen Perspektive auf Innovationsdiskurse in der staatlichen Berufsorientierung eingenommen.

2.1 Zur diskursiven Konstruktion von „Innovation“ im politischen System in Deutschland

Die gesellschaftliche Relevanz von Innovation zeigt sich im Fall der institutionalisierten Politik der Bundesrepublik Deutschland in einer zunehmenden Ubiquität seiner sprachlichen Verwendung in verschiedenen Kontexten. „Innovation“ etabliert sich als einer der zentralen Begriffe im Sprachgebrauch des politischen Systems in Deutschland und wird zu einem – zunehmend eigenständigen – Leitparadigma in politischen Debatten, Entscheidungs- und Planungsprozessen. Der Innovationsbegriff ist dabei sowohl in diversen Handlungsbereichen ubiquitär gegenwärtig – wie etwa in Diskussionen der Bundesministerien, der Bundesregierung, in Ausschusssitzungen oder Plenardebatten – als auch in unterschiedlichen Policy-Feldern, in welchen er in Zusammenhang mit unterschiedlichen Themen genannt wird. So ist der Innovationsbegriff etwa in Diskussionen zum Steuerrecht, im Gesundheitswesen (siehe 2.2) wie auch im Umwelt-, Bildungs- (siehe 2.3) oder Hochschulwesen präsent. Im Kontext jener Verwendungszusammenhänge erschließt sich der Begriff in einem bis heute andauernden Bedeutungswandel. So steht der Innovationsbegriff einmal in einem technologisch-ökonomischen Zusammenhang, ein anderes Mal in einem wirtschaftlich-wertschöpfenden, sozialpolitisch-nachhaltigen oder wirtschaftlich-wissenschaftlichen Kontext. Unabhängig von der Vielfalt jener thematischen Bedeutungsreferenzen kommt dem Innovationsbegriff dabei eine stets positive Wirkkraft, eine Art sinnhafte Eigenlogik zu, die ihn als Hoffnungsträger, Heilsversprecher oder „Gesellschaftsverbesserer“ geltend macht mit dem Ziel, „wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Wohlstand in Deutschland zu stärken“ (BMWi 2007, S. 26). Als solch ein *positiver Signifikant* erhält der Begriff eine teils legitimatorische, teils

persuasive Funktion im diskursiven Prozess argumentativer Aushandlungen in diversen politischen Problembehandlungen. Ob zur Durchsetzung von Argumenten der Gesundheitspolitik oder in Form von Gesetzesbeschlüssen im Rahmen der Bildungspolitik: Sowohl die ökonomische Prosperität als auch der gesellschaftliche Fortschritt seien maßgeblich von jenen positiven Entwicklungen durch Innovation bedingt oder gar von diesen abhängig (Deutscher Bundestag 2012, S. 234). Geltung findet der Begriff dabei meist in Zusammenhang mit den Bereichen Bildung, Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft als „bedeutendste Innovations- und Produktivkraft einer Gesellschaft“ (BMBF 2014, S. 134).

Vor diesem Hintergrund bilden sich empirisch beobachtbare *Innovationsdiskurse* heraus, die „Innovation“ im diskursiven Prozess als ein leitendes Deutungsmuster hervorbringen und dessen Bedeutungsrelevanz legitimieren. Dies zeigt sich empirisch anhand der Drucksachen des Deutschen Bundestages im Zeitraum zwischen 1949 und 2015.⁴ Fokussiert wird hier zunächst die *Bedeutungskonstituierung* des Innovationsbegriffes als ein Wahrnehmungs- und Deutungsmuster vor dem Hintergrund seiner institutionellen Konstitutionsbedingungen und damit einhergehenden thematischen Verwendungskontexten. Die in den Drucksachen empirisch nachweisbaren, an der Bedeutungsproduktion beteiligten Institutionen und deren Beziehungen zueinander weisen strukturelle Veränderungen über die Zeit auf und zeigen eine steigende und strategisch erzielte Relevanz von Innovation an: Während die Thematisierung von „Innovation“ bis in die 1970er-Jahre auf der institutionellen Ebene dezentral und eher unorganisiert, sozusagen „nebensächlich“ abläuft,⁵ wird diese im Zuge von international bzw. global ausgerichteten Handlungsstrategien und Entscheidungsprozessen zu einem intendiert strategischen Mittel für politischen Strukturwandel. Ein derartiger Wandel zur Förderung und Thematisierung von Innovation findet vor allem in den Jahren 2005 und 2006 statt: Nicht nur beschäftigen sich zunehmend konventionelle Instanzen oder Körperschaften des politischen Systems mit Innovation und machen diese zum

4 Die hier zugrundeliegende Analyse untersucht den Innovationsbegriff im politischen System Deutschland am empirischen Beispiel des Deutschen Bundestages.

5 Innovation wird zunächst vom früheren Bundesministerium für Forschung und Technologie, BMFT, und darüber hinaus von kleineren Ressorts oder temporären Arbeitskreisen behandelt (das BMFT wird 1998 zum heutigen Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF, umgewandelt).

Thema ihrer Kommunikation;⁶ auch werden ab den 2000er-Jahren von der Bundesregierung zahlreiche Instanzen, Kommissionen oder Organisationen eigens zur Förderung von Innovation und der Generierung von Wissen um Innovation ins Leben gerufen.⁷ Innovation wird so in professionalisierter Weise zentraler Inhalt der Kommunikation neu etablierter oder bestehender institutioneller Instanzen, die als solche stabilisierte Wahrnehmungs- und Deutungsmuster von „Innovation als Verbesserungselement des Gesellschaftlichen“ als auch entsprechende Wissensbestände generieren, stabilisieren und legitimieren.

Diese institutionellen Neugründungen und Veränderungen sowie die damit einhergehenden – teils neu geschaffenen, teils transformierten oder tradierten – Wissensbestände gehen auf eine kommunikative Aushandlung der Bedeutungsweise(n) von Innovation zurück und bedingen umgekehrt wiederum jene Institutionalisierungsprozesse. Die Aushandlungen basieren auf langfristig gewachsenen und prozessierenden Bedeutungen und Deutungsmustern. Als ein legitimes Deutungsmuster stellt sich so zum Beispiel die Annahme einer Kausalität zwischen wirtschaftlichem Erfolg und einer hohen Innovationskraft in Deutschland dar, die es zu fördern gilt. In Anschluss an die Idee des innovationsbasierten Fortschritts durch technologische und industrielle Erneuerungen aus der Zeit des Wiederaufbaus in Deutschland findet sich heute ein ökonomisierter Fortschrittsglaube, der Innovation zu eben jener primären Effizienz- und Wirtschaftskraft im Kontext des globalen Wettbewerbs macht. Strukturellen Einfluss auf die Konstituierung dieser semantisch manifestierten Idee von Innovation als Produktiv- und Wirtschaftskraft haben dabei Visionen und Vorschläge aus OECD-Berichten, Leitstrategien der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik oder Ziele der Europäischen Union wie beispielsweise solche der Lissabon-Strategie (Europäische Union 2000, S. 1).

Die unterschiedlichen Aussagen finden sich in einem übergreifenden Aussagezusammenhang in gebündelter Form als institutionell bedingte Wissensbestände wieder, die – generiert durch strukturierende Institutionalisierungs- und Kommunikationsprozesse – dieses Wissen zu einer Form

6 So etwa das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und weitere Bundesministerien, Ausschüsse oder Enquete-Kommissionen.

7 Beispielsweise werden die „Expertenkommission Forschung und Innovation“ (EFI), der „Pakt für Forschung und Innovation“, die Enquete-Kommission „Wohlstand, Lebensqualität, Beschäftigung“ oder „Die neue Hightech-Strategie. Innovationen für Deutschland“ initiiert.

der Deutung und Orientierung von Wirklichkeit machen. Dabei scheint sich der Innovationsbegriff in einem Wechselspiel zwischen institutioneller Macht und semantisch ausgehandelten Kommunikationsformen zu etablieren. Kommunikativ hervorgebracht formiert sich darin eine institutionell bedingte Bedeutungsweise und deren Akzeptanz für den Umgang mit einer Situation oder einem politischen Problem. Im diskursiven Prozessieren wird der Innovationsbegriff dabei zu einem eigenständigen Element der Kommunikation: Dieser bringt selbst Diskurseffekte und -formationen hervor und wird zugleich durch diese konstituiert. So zeigt sich etwa in der im Jahr 2005 von der Bundesregierung ins Leben gerufene „Expertenkommission für Forschung und Innovation“ (EFI) ein Effekt vorausgehender, diskursiv gebildeter (Be-)Deutungsmuster von Innovation und deren Legitimation, indem es sich um eine spezifisch etablierte Instanz zur Generierung und Valorisierung von Innovationswissen handelt. Als solche nimmt die Kommission eine handlungsleitende Beratungsfunktion in politischen Entscheidungsprozessen ein und manifestiert den in der Kommunikation semantisch (re-)produzierten Bedeutungsgehalt sowie dessen Bedeutungsrelevanz von „Innovation“ im diskursiven Formationszusammenhang.

War der Innovationsbegriff, wie es die Empirie zeigt, seit den 1950er-Jahren bis Ende der 1990er ein zunehmend zentral gewordener Begriff neben weiteren Leitbegriffen (wie beispielsweise „Reform“), entwickelt sich dieser schließlich seit Beginn der 2000er-Jahre in einer *reflexiven Form der Wissenskommunikation* zu einer „Gestalt eigenen Gewichts“ (Gehlen 1964, S. 71), welche der Durchsetzung von Deutungsmustern und Legitimierung von Wissensbeständen dient. Die *reflexive* Wissenskommunikation zeichnet sich dabei zum einen dadurch aus, dass der Begriff auf der semantischen Ebene zunehmend auf sich selbst rekurriert und dabei gewonnene oder als legitim dargestellte Erfahrungswerte als Folge von etablierten Wissensbeständen innerhalb bestimmter Diskursformationen zum Ausdruck bringt. Zum anderen bringen jene (semantisch ausgehandelten) Wissensbestände selbst neue Institutionalisierungsprozesse hervor, die wiederum zur Legitimation des Wissens und einer (institutionell bedingten) Wissenskommunikation beitragen. Dabei spielt weniger der semantische Kampf zwischen verschiedenen Bedeutungen eine Rolle als vielmehr die kommunikative Durchsetzungsmacht in Form einer *persuasiven Funktion des Argumentes*, wie es etwa die neoliberale Idee des Wachstums und des gesellschaftlichen Wettbewerbes im Kontext einer wissensbasierten Ökonomie zeigt (zur neoliberalen Logik siehe Abschnitt 2.3). Gefördert wird diese durch bestimmte Kommunikationsformen als eine institutionell bedingte Bedeutungsweise (Keller 2008, S. 227; Knoblauch 1995, S. 72 ff.). So folgt beispielsweise das

auf der Bundesebene etablierte „Siebte Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union“ den von der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 gesetzten Leitzielen, „ihre Wettbewerbsfähigkeit und Dynamik in einem wissensbasierten Wirtschaftsraum entscheidend zu stärken“ (Deutscher Bundestag 2006, S. 1). Das Ziel der Bundesregierung ist daran anschließend die „Sicherstellung von mehr Effizienz und Wettbewerb in der Forschung und die Schaffung von innovationsfreundlicheren Rahmenbedingungen“ durch die Steigerung der Investitionen in „Bildung, Forschung und Innovationen“ (Deutscher Bundestag 2006, S. 2). Die Durchsetzung eines solchen neoliberalen Argumentes wird dabei auf der einen Seite wesentlich durch den Innovationsbegriff getragen, basierend auf langfristig gewachsenen, tradierten Wissensbeständen (u. a. etwa Bezug nehmend auf die US-amerikanische Debatte der „Knowledge based economy“ der 1980er-Jahre). Zum anderen bedingt die Durchsetzungsmacht des Begriffes ein persuasives Element des neoliberalen Arguments in Folge eines wechselseitigen Aushandlungsprozesses zwischen institutionell bedingten Kommunikationsstrukturen und semantisch etablierten Bedeutungsweisen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich seit Beginn der 2000er-Jahre – und insbesondere seit 2005/06 – die Relevanz von „Innovation“ nicht nur in der thematischen Fokussierung auf der semantischen Ebene zeigt, sondern auch in einer teils dadurch hervorgebrachten und legitimierten Institutionalisierung, die das Wissen um Innovation und den Sinn von „Innovation“ organisieren: Diese führen wiederum zur strategischen Aushandlung und Etablierung von (intendierten) Diskurseffekten. Entscheidend ist dabei eine legitimatorische Macht durch diskursive Prozesse; wobei nicht die institutionelle Ausdifferenzierung und Entwicklung als solche, sondern vielmehr ihre kommunikative Aushandlung durch eine bestimmte Setzung und *Legitimierung des Wissens* über Innovation von Bedeutung sind. Dabei kommen die Legitimationen auf der Ebene der Semantik als „kommunikative Formen der Sinnerzeugung von Institutionen“ (Knoblauch 2013, S. 41) zum Vorschein und konstruieren spezifische Institutionsbereiche aus einer legitimen und damit als „gedacht kommunizierten Ordnung“ heraus (ebd.).

Die hier herausgestellten Machtaspekte im Prozess der Bedeutungskonstitution durch langfristig gewachsene Innovationsdiskurse im politischen System Deutschlands wirken sich auch in anderen Bereichen des Sozialen aus, wie es beispielsweise die Bereiche der Pflege (2.2) und der Berufsorientierung (2.3) im Weiteren zeigen.

2.2 Innovationsdiskurs „technische Assistenzen in der Pflege“

Im Gesundheitsbereich – und besonders in der geriatrischen Pflege – postulieren heterogene Akteure Innovationen in Form von *technischen Assistenzen* als Lösungsstrategien für die mit dem demographischen Wandel einhergehenden Herausforderungen (Friesacher 2010; Hielscher et al. 2015, S. 9). Innovative technische Assistenzen sollen durch Effizienzsteigerung prekäre Situationen in der Pflege wie Fachkräftemangel, Unterfinanzierung und defizitäre Versorgung verhindern und langfristig bezahlbare, qualitativ hochwertige Pflege bzw. Lebensqualität von Pflegenden und Gepflegten gewährleisten; Pflegeinnovationen werden daher massiv gefordert und gefördert (Weinberger/Decker 2015; Buhr et al. 2015; Kühne 2015). Dabei prägen einflussreiche Akteure aus der Politik und der Technikentwicklung die Konzeption und Entwicklung von Pflegeinnovationen – und so auch implizit in die Technik eingeschriebene Vorstellungen von ‚guter Pflege‘.

Mit der Nutzung dieser – meist auf Informations- und Kommunikationstechnologie basierenden – Pflegeinnovationen geht das Potential nachhaltiger sozialer Strukturveränderungen einher (Peine 2006, S. 217 ff.; Pelizäus-Hoffmeister 2013, S. 18 ff.). Die sozialen, bisher sozialwissenschaftlich nur unzureichend erforschten Dimensionen dieser Entwicklung sind etwa sich ändernde Interaktionen zwischen Gepflegten und Pflegenden und deren Rollen- und Identitätsauffassungen, Auswirkungen auf die Arbeitsorganisation in Pflegeeinrichtungen, Veränderungen von gesellschaftlichen Wahrnehmungs- und Deutungsmustern von Pflegebedürftigkeit sowie langfristige Auswirkungen auf den Gesundheitsbereich. Die sozialen Folgen der Forderungen nach Pflegeinnovationen sind also nicht auf ihre „offiziell“ benannten Funktionalitäten zu begrenzen; denn mit ihnen gehen strategische Interessen der Akteure im Pflegebereich sowie nicht intendierte Nebenfolgen einher.

Nähert man sich dem Gegenstand Pflegeinnovationen aus diskursanalytischer Perspektive und fasst den Diskurs um die Forderung und Verwendung von technischen Assistenzsystemen als *Innovationsdiskurs* auf, kann das Phänomen nicht funktionalistisch reduziert, sondern seiner sozialen Mehrdimensionalität angemessen untersucht werden. Argumentiert wird hier, dass der Innovationsdiskurs „technische Assistenzen in der Pflege“ mit starken Veränderungen der sozialen Strukturen in der Pflege einhergeht.

Dies wird deutlich an der Verschiebung von *Machtbalancen*⁸ in Hinsicht der Durchsetzung ökonomischer Interessen gegenüber pflegeimmanenten Werten sowie der Transformationen von *Wissensbeständen* bezüglich der Auffassung davon, was „gute Pflege“ ist, welche sich empirisch in den diskursiven Aussagen, Praktiken und materiellen Gegebenheiten zeigen lassen. Diese Strukturveränderungen – oder vielmehr die Art und Weise, wie sich diese konstituieren – stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem in der „Innovationsgesellschaft“ ubiquitären „Innovationsimperativ“ (Hutter et al. 2011), auf welchen sich die Akteure im Diskurs beziehen. Es lassen sich so *innovationspezifische Diskursstrategien* und mit diesen untrennbar verflochtene *Machteffekte* identifizieren. Im Folgenden wird dies am Beispiel der Implementierung von assistiven Sicherheitstechniken in der Pflege von an Demenz erkrankten Menschen aufgezeigt. Fokussiert wird auf die in den Pflegeeinrichtungen vorzufindenden Auswirkungen hinsichtlich der Arbeitsorganisation und der handlungsleitenden Deutungs- und Wahrnehmungsmuster. Diese zeigen sich durch eine Verschiebung der Relevanzen zwischen „pflegeimmanenten“ und „ökonomischen“ Aspekten bzw. der Veränderung der Machtbalancen ihrer Trägerschichten.

Die untersuchten Sicherheitstechniken sind ein akustisches Warnsystem (welches das Verlassen eines definierten Bereiches der Gepflegten meldet), ein auf Sensortechnik basierendes Assistenzsystem (das den Pflegenden Auskunft über den Status und potentielle Gefährdungen der Gepflegten meldet) sowie ein sogenannter Hausnotruf (mittels dessen über eine „Hausnotrufzentrale“ die Pflege organisiert wird). Untersucht wurden zwei stationäre und eine ambulante Pflegeeinrichtung. Als für das Phänomen induktiv identifizierte, relevante Akteursgruppierungen gelten: die professionell Pflegenden, die Pflegedienstleitungen, die Gepflegten, die Angehörigen und das soziale Umfeld der Gepflegten, die Entwickler und Anbieter von innovativen Sicherheitstechniken sowie sozial- und gesundheitspolitische Akteure und Kostenträger.

8 Die Daten für diesen Teil stammen aus einem prozess- und figurationstheoretisch konzipierten Promotionsprojekt zu Soziogenese und rezenten Strukturveränderungen von Pflegefigurationen. Mit dem Konzept der Figuration lassen sich die wechselseitigen Abhängigkeiten der Akteure einer Figuration sowie die Verschiebung ihrer relationalen Machtbeziehungen durch Strukturveränderungen, in diesem Fall die Nutzung von Pflege-technik, der Figuration analytisch fassen. Daher wird hier im Weiteren der Elias'sche Begriff der Machtbalancen und dessen Analysepotential bezüglich der Veränderungen von wechselseitigen Abhängigkeiten der Diskursteilnehmer verwendet (siehe grundlegend Elias 1986; Imbusch 2012).

Im Diskurs zeigt sich das traditionell konfliktatorische Verhältnis zwischen *ökonomischen* und *pflegeimmanenten* Wahrnehmungs- und Deutungsmustern (siehe grundlegend Strauss et al. 1982; Wilkesmann 2016; Kälbe/Borgetto 2016, S. 388 ff.). Die Vertreter ökonomischer Interessen sind hier vor allem die politischen Akteure und die Kostenträger sowie die Entwickler und Anbieter von Sicherheitstechnik, welche eine Lösung des Ressourcenmangels meist in einer Effizienzsteigerung der Pflegeleistungen sehen. Die professionell Pflegenden, die Pflegedienstleitungen und die Angehörigen vertreten hingegen eher pflegeimmanente Werte wie psychosoziale Betreuung der Gepflegten und fachqualifizierte Pflege, deren Ausbau sie als Lösung für prekäre Pflegesituationen benennen.⁹ Generell befinden sich diese beiden Positionen in einem stetigen Aushandlungsprozess. Die Forderungen nach pflegeimmanenten Positionen finden ihre Durchsetzungsfähigkeit in limitierten (finanziellen) Ressourcen, während ökonomische Interessen durch die Deutungshoheit von Pflegenden in Hinsicht auf pflegerische Mindeststandards und Fachexpertise begrenzt werden. Über das Mittel der Innovation findet nun eine Verschiebung der Machtchancen zur Durchsetzung der verschiedenen Positionen zu Gunsten der ökonomisch orientierten Akteure statt. In den sprachlichen (Interviews, fokussiert ethnographische Beobachtungen) und schriftlichen Daten (prozessproduzierte Dokumente wie Pflegeleitbilder, Werbematerial, Ausschreibungen) im Diskurs über die Verwendung der Pflegeinnovationen wird stets eine Steigerung der Effizienz postuliert, die mit einer Steigerung der Lebensqualität aller an der Pflege Beteiligten einhergehen soll und diese keineswegs verringern würde.¹⁰ Dabei wird ritualisiert wiederholt, dass die Verwendung von Technik keinesfalls Personal oder dessen Kompetenzen ersetzen soll. Wie an der exemplarischen Äußerung einer Pflegedienstleitung im Kontext von der technischen Assistenz während der Nachtwachen veranschaulicht werden kann:

„Und da gehts wirklich darum die Kontrollgänge, die sollen [die Pflegenden] auch machen, es wird damit auch nicht Personal eingespart, sondern es geht wirklich darum, dass die Leute, auch die im Nachtdienst arbeiten, sich selber sicherer fühlen, weil jeder kennt es aus dem Nacht-

9 Aus Platzgründen werden die Positionen hier idealtypisch dargestellt; in den erhobenen Daten sind sie als graduelle – aber eindeutig ausgeprägte – Tendenzen zu erkennen.

10 Hierbei handelt es sich um die Auswirkungen der Bedeutungskonstitution im politischen Kontext, siehe dazu Abschnitt 2.1, welche im Feld der Pflege reproduziert wird.

dienst, jeder der ne Sitzwache oder sonst wie gemacht hat, der absolute Horror, es stürzt mir jemand, ich kriegs mit und in der Zeit, wo ich bei demjenigen versorge, weiß ich aber nicht was die drei oder 20 anderen Leuten dort tun und das weiß ich.“ (Pflegedienstleitung)

Im Pflegealltag war zu beobachten, dass Pflegetechnik besonders in Situationen eingesetzt wurde, in welchen durch akuten Personalmangel eine Entlastung der Pflegenden notwendig wurde. Dabei wurde durch die Sicherheitstechniken jedoch nicht in einem pflegeimmanenten Sinn die Qualität der Pflege verbessert, sondern die Durchsetzung von ökonomischen Logiken bewirkt, indem die Effizienz der Pflegenden gesteigert wurde. Deutlich gemacht werden kann dies durch die fokussiert-ethnographischen Beobachtungen zur Verwendung des sensorbasierten technischen Assistenzsystems während der im Interviewausschnitt erwähnten Nachtwachen. Es besteht das typische Problem, dass eine Pflegekraft für sehr viele, teilweise über 20 Gepflegte, zuständig ist. Da demenziell erkrankte Menschen oft einen verschobenen Tag-Nacht-Rhythmus aufweisen und daher nächtlich aktiv sind, ist die nächtliche Arbeitsbelastung sehr groß. Das Aufgabenspektrum der Pflegenden umfasst sowohl die regelmäßige Kontrolle der Gepflegten als auch psychosoziale Aufgaben wie die fachqualifizierte Betreuung von agitierten und desorientierten Gepflegten. Eine einzelne Pflegekraft kann diesen Anforderungen, vor allem wenn mehrere Bewohner Pflegebedarf haben, nur schwer nachkommen. Daher soll das sensorbasierte Assistenzsystem mittels Bewegungsmeldern in den Zimmern der Gepflegten den Pflegenden per Pieper oder App melden, wenn diese aus dem Bett aufstehen oder das Zimmer verlassen. Dadurch sollen ein effizienter Schutz vor Stürzen erreicht, unnötige Kontrollgänge und Störungen vermieden und das Pflegepersonal entlastet werden. Die Pflegetätigkeit wird so allerdings auf das Einhalten von Sicherheitsaspekten, den effizienten Einsatz der Arbeitskraft der Pflegenden und letztlich auf eine effiziente, pflegerische Grundversorgung fokussiert. Psychosoziale Aspekte von Pflegearbeit werden von der Sicherheitstechnik höchstens sekundär adressiert. Das System meldet beispielsweise nicht, wenn eine psychosoziale Pflegeimplikation wie Angst- oder Erregungszustände vorliegt. Viel mehr selektiert es für die Pflegenden Situationen, die als relevant für eine pflegerische Intervention erachtet werden. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Pflegetechnik hier eine Arbeitsorganisation begünstigt, die knappe Personalsituationen stabilisiert und eine auf grundpflegerische Versorgung und physische Sicherheit reduzierte Auffassung von Pflege etabliert.

Ein weiteres Beispiel ist der Einsatz von akustischen Warnsystemen und GPS-Ortung, welche den Pflegenden das Verlassen der Einrichtungen signalisiert bzw. das Auffinden von Gepflegten erleichtert. Da Menschen mit Demenz oft einen erhöhten Bewegungsdrang aufweisen, sind das unbeaufsichtigte Verlassen von geschützten Bereichen und der Schutz vor Gefahren, welche etwa durch den Straßenverkehr entstehen, ein immer wieder diskutiertes Problem. Die Pflegenden müssen ständig die Anwesenheit der Gepflegten überprüfen und abwesende Gepflegte suchen; eine Aufgabe, die sowohl sehr zeitintensiv wie auch emotional belastend ist. Die Pflegeotechnik soll die Pflegenden nun unterstützen, indem sie sofort meldet, wenn ein Gepflegter beispielsweise das Gelände einer Einrichtung verlässt. Theoretisch kann der Gepflegte dann auf seinem „Spaziergang“ begleitet werden. Empirisch wurde aber festgestellt, dass die Gepflegten viel mehr am Verlassen der Einrichtung gehindert wurden. Prinzipiell ist der Bewegungsdrang innerhalb von pflegeimmanenten Wahrnehmungs- und Deutungsmustern ein Freiheitsrecht der Gepflegten, welches es durch das Personal zu fördern oder zumindest zu tolerieren gilt. Die Pflegenden bemerkten des Öfteren, dass – selbst im Falle eines unbemerkten Verlassens – die Wahrung der Selbstbestimmung sowie die soziale Teilhabe durch Aufenthalt in der Öffentlichkeit höher einzuschätzen ist als der Schutz vor möglichen Risiken. Ein Pflegenden äußerte sich hierzu:

„Ich bin ja kein Wächter im Endeffekt. Und wenn auch was passiert, sogar das könnte ich vertreten. [...] Ich meine, wir könnten [...] ja auch mit Medikamenten fixieren und solche Sachen, oder? Aber das bringt – das ist ja im Endeffekt nicht mehr lebenswert dann.“ (Pflegefachkraft)

Durch die Pflegeotechnik wird das Verlassen sofort bemerkt, die Pflegenden müssen nun unverzüglich reagieren, was meist keinen Spaziergang, sondern eine Rückverbringung in die Einrichtung bedeutet. Die Techniken ermöglichen also einen effizienten Schutz vor Verletzungen und begünstigen einen Umgang mit dem Bewegungsdrang der Bewohner, welcher zeit-, personal- und letztlich auch kostenintensive Betreuungsmaßnahmen verringert.

Im technisch assistierten Alltag werden also vermehrt Pflegehandlungen ausgeführt, welche nicht mit den Vorstellungen der Pflegenden übereinstimmen. Wie in diesem Beispiel deutlich wird, kommt es nicht zwangsläufig durch strategisches Handeln zu einer Machtverschiebung zwischen ökonomischen und pflegeimmanenten Wahrnehmungs- und Deutungsmustern. Vielmehr entsteht die Verschiebung durch die inhärent in die Innovationen eingeschriebenen Nutzungsvorgaben. Diese implizieren eine Gestal-

tung des pflegerischen Alltags, der an den Pflegevorstellungen der an ökonomischen Logiken orientierten Akteure ausgerichtet ist. Es liegt also nicht am Einsatz von Innovationen an sich, dass pflegeimmanente Wissensbestände gegenüber ökonomischen marginalisiert werden, sondern an den in sie eingeschriebenen Interessen und Vorstellungen von Pflege. Dass es prinzipiell auch gänzlich andere Effekte von Techniknutzung geben könnte, bemerkte ein Pflegender treffend:

„Ich habe schon mal überlegt, ob ich einen eigenen Pflegedienst aufmache, wo ich die bloß per GPS suche, und die dann abends wieder zurück bringe, weißt du. Die ganzen Leute lassen sie früh morgens gehen, und ich führe sie abends wieder zurück, weißt?“ (Pflegefachkraft)

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in den beobachteten Praktiken im Kontext der Techniknutzung – in großer Diskrepanz zu den sprachlichen und schriftlichen Aussagen – durch die inhärent in die Technik eingeschriebenen Formen der Nutzung vor allem Technikeffekte sichtbar und wirksam werden, welche die Pflege kostengünstiger gestalten. Aus pflegerischer Sicht notwendige, aber zeit- und personalintensive, individuelle und situative Pflege, die auf der Fachqualifikation der Pflegenden beruht, wird durch die in die Technik eingeschriebenen ökonomischen Logiken und Verfahrensweisen standardisiert und verringert. Die Technik sublimiert durch ihre Handlungsvorgaben die individuellen, situativen und auf Basis professioneller Expertise getroffenen Entscheidungen zur Durchführung von Pflegehandlungen. So erscheint eine personell besser ausgestattete, fachqualifizierte Pflege weniger sinnvoll, was zu einem sukzessiven Ersatz sozialer Interaktionen in der Pflege durch Technikeinsatz und einer Deprofessionalisierung der Pflege an sich führen kann.

Die an ökonomischen Kriterien orientierten Akteure können auf Grund ihrer Machtposition im Diskurs Innovationen als alternativlose Lösungsstrategien etablieren und gleichzeitig (sowohl strategisch wie implizit) die von ihnen erwünschten Ziele und Interessen in diese Innovationen einschreiben. Durch das Rekurrieren auf gesamtgesellschaftlich geteilte positive Konnotationen von Innovation bzw. die Unmöglichkeit, dem Innovationsimperativ zu widersprechen, fällt es den professionell Pflegenden schwer, im Diskurs gegen Pflegeinnovationen und deren soziale Folgen zu opponieren. Vielmehr ist es so, dass die Innovationen oft nicht kritisch hinterfragt werden, sondern die in die Pflegeinnovationen eingeschriebenen inhärenten Logiken zur Effizienzsteigerung und Kostenreduktion sowie die Vorstellungen der an ökonomischen Logiken orientierten Akteure hinsicht-

lich der Lebensqualität der Gepflegten und Pflegenden übernommen werden (siehe zu den Subjektivierungseffekten von Innovationsdiskursen Abschnitt 2.3). Dabei handelt es sich um eine implizite und oftmals auch von den Pflegenden unbemerkte Wissenstransformation, die daher auch ohne offensichtliche Konflikte bzw. „stumm“ vonstatten geht. Durch die ausbleibende Reflektion der Folgen des Innovationsprozesses und der Institutionalisierung der Techniknutzung in den alltäglichen Routinen werden so auch die Wahrnehmungs- und Deutungsmuster der Pflegenden „ökonomisiert“.

Auch ist eine Transformation oder Umdeutung von pflegeimmanenten Aspekten in ökonomische Kriterien durch den Innovationsdiskurs und die praktische Implementierung der Technik zu beobachten. Beispielsweise ist ein (alten-)pflegerischer Grundwert die psychosoziale Betreuung der Gepflegten, welche diese dazu befähigen soll, möglichst lange im Rahmen ihrer Erkrankung autonom und selbstständig zu leben. Dieses Ziel ist aber nur durch eine personal- und zeitintensive Betreuung auf Basis von Fachwissen zu erreichen und daher unter begrenzten Ressourcen nur schwer durchführbar. Den Pflegeinnovationen wird nun im Diskurs zugeschrieben, dass sie ebenfalls das Ziel der Förderung der Selbstständigkeit verfolgen. Allerdings wird die pflegeimmanente Position dahingehend umgedeutet, dass etwa durch technische „Überwachung“ weniger „Störungen“ durch das Pflegepersonal nötig sind und daher weniger Interaktionen mit diesem die Autonomie fördern und gleichzeitig Kosten eingespart werden können. Die implizit in die Technik eingeschriebenen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster transformieren so an sich genuin pflegerische Wissensbestände. Sie führen zur Umdeutung zentraler pflegeimmanenter Konzepte wie etwa der Definition von Autonomie. Exemplarisch steht dafür eine Aussage einer Pflegedienstleitung zum Nutzen von sensorbasierten Assistenzen, welche die Kontrolle des Status der Gepflegten ohne körperliche Kopräsenz erlaubt:

„[...] und wo auch manchmal die Dementen sagen: Boah, du nervst! Also immer dieses Reinkommen: Du nervst! [...] Ständig gestört. Und das merkt man eben jetzt, die [Gepflegten] sind entspannter, weil sie besser schlafen und alles und wir nicht mehr ständig reinrennen müssen, weil wir wissen was da drinnen ist, was die brauchen.“ (Pflegedienstleitung)

Am Beispiel des Innovationsdiskurses um technische Assistenzsysteme in der Pflege kann gezeigt werden, wie durch die innovationsspezifische Aus-

handlung von Strukturveränderungen Machtpositionen zur Durchsetzung von strategischen Zielen genutzt, Machtbalancen der Diskursteilnehmer verändert und Machteffekte in den Praktiken beobachtbar werden. Dabei wird deutlich, wie machtvolle Transformationen von sozialen Strukturen der am Diskurs beteiligten Akteursgruppierungen stattfinden; und wie dies konkrete Machteffekte in Form des Wandels der Arbeitsorganisation in der Pflege und der Wissensbestände der Pflegenden mit sich bringt. Dies zeigt sich empirisch an der verringerten Relevanz der psychosozialen Betreuung der Gepflegten, der verringerten professionellen Handlungsautonomie der Pflegenden und der Zunahme von Konzepten zur Kostenreduktion und Effizienzsteigerung. Auffallend ist, dass die Verschiebung der Machtbalancen implizit, ohne offen ausgetragene Konflikte vorstättgeht.

2.3 Der Innovationsdiskurs in der staatlichen Berufsorientierung

Berufsorientierungsangebote für Jugendliche von Schulen, staatlichen Organen und Unternehmen bieten durch Informationen und Beratung Orientierung in der Übergangsphase von der schulischen Ausbildung in den Beruf.¹¹ Die hier im Fokus stehenden staatlichen berufsorientierenden Maßnahmen etwa der Bundesagentur für Arbeit oder städtischer Institutionen umfassen Informationsveranstaltungen, Beratungsgespräche, Kompetenz- und Selbsttests sowie interaktive Informationsplattformen im Internet,¹² die den Jugendlichen zur Orientierung hinsichtlich ihrer Berufswahl dienen sollen. Dabei finden diese in spezifischen Machtverhältnissen statt, da mit ihnen politische Ziele wie die Ausbildung von Fachkräften oder die Förderung des dualen Systems verfolgt werden, wobei es zu strategischen sowie nicht intendierten Machteffekten kommt.

Die Phase der Berufsorientierung wird auf der individuellen Ebene als richtungsweisende Lebensentscheidung normativ aufgeladen und für den

11 Für die Phase der Berufsorientierung spielen auch das familiäre und soziale Umfeld sowie medial vermittelte Berufsvorstellungen eine bedeutende Rolle. Im Fokus dieses Artikels stehen jedoch intendiert-organisierte Angebote und die damit verbundenen Techniken der staatlichen Berufsorientierung.

12 Weitere Formen wie Betriebspraktika, Werkstatttage, Unternehmensbesuche, Berufsmessen oder Career-Days werden zudem aktiv staatlich gefördert, indem sie etwa in Lehrpläne eingeschrieben oder finanziell unterstützt werden. Diese Angebote sind jedoch nicht Teil der Untersuchung, da es sich hierbei nicht um direkte staatliche Maßnahmen handelt.

persönlichen Lebensweg mit hoher Bedeutung versehen. Ebenso ist sie politisch relevant, denn Berufsorientierung gilt als eine zentrale Drehscheibe für die Integration von Schülerinnen und Schülern in den Arbeitsmarkt. Dabei soll zum einen die Ausbildungsabbruchquote präventiv reduziert und zum anderen die Ausbildung spezifischer Fachkräfte gefördert werden. Insbesondere hinsichtlich Letzterem spielen Innovationsdiskurse auch in der Berufsorientierung eine Rolle.

Der hier untersuchte Innovationsdiskurs umfasst Aussagenzusammenhänge von politischen Akteuren – wie etwa dem BMBF – auf der bundespolitischen wie auf europäischer Ebene im Bereich der Bildungspolitik, die in Positionspapieren oder Berichten die allgemeinere politische Innovationspolitik (vgl. Abschnitt 2.1) im Rahmen der Bildungspolitik für die Berufsorientierung konkretisieren. Mit Blick auf die Innovationsfähigkeit Deutschlands werden etwa vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Bundesbericht Forschung und Innovation (BuFI) 2014 *Innovationen* als Schlüssel für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung formuliert. Innovationen tragen demnach über den Umweg der ökonomischen Prosperität zum Gemeinwohl bei. Eine intensive Bildung wird dabei als Grundlage für die Innovationsfähigkeit Deutschlands gesehen, wobei u. a. auf die Stärkung der berufsbegleitenden Ausbildung oder die Propagierung von MINT-Fächern verwiesen wird (BMBF 2014). Im Rahmen der staatlichen Berufsorientierung soll daher die Ausbildung von Fachkräften über das positiv bewertete System der dualen Ausbildung gefördert werden, um das Innovationspotential und damit die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auch in Zukunft sicherzustellen (siehe exemplarisch die Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015-2018). Der Innovationsdiskurs wird somit in die Praxis der Berufsorientierung primär über die Schlüsselbegriffe „Fachkräfte“, „berufsbegleitende bzw. duale Ausbildung“ und „MINT-Fächer“ übersetzt. Die Bildungspolitik wird dabei als Instrument verstanden, um produktive Rahmenbedingungen für Innovationen – als übergeordnetes politisches Ziel – zu schaffen, das durch konkrete Programme zu erreichen ist.

Die hier untersuchte staatliche Berufsorientierung – in deren Kontext Innovationsdiskurse relevant gemacht werden – umfasst sowohl schriftliche Aussageneignisse, worunter politische Positionspapiere und Dokumente der Berufsorientierung fallen, wie auch Praktiken der Berufsorientierung, in denen wiederum diskursives Wissen situativ formuliert wird.¹³ Dabei spielt

13 Um subjektivierende Machteffekte von politischen Programmen untersuchen zu können, wird hier im Anschluss an Ott und Wrana (2010) davon ausgegangen, dass Machtverhältnisse in ihrem Vollzug untersucht werden müssen, um neben der diskur-

der lexikalische Innovationsbegriff in politischen Stellungnahmen mit Bezug zur Berufsorientierung auf der bundespolitischen (und der europapolitischen) Ebene eine relevante Rolle. Auf der Praxisebene der berufsorientierenden Maßnahmen ist er jedoch nur semantisch festzustellen. Dabei wird er durch die Verknüpfungen des lexikalischen Innovationsbegriffes mit konkreten Forderungen – etwa nach mehr Fachkräften oder der Förderung von Ausbildungsstellen (z. B. durch die Bundesagentur für Arbeit) – übersetzt.

Im Fall der Berufsorientierung geht es also nicht darum, konkrete Innovationen durchzusetzen – vielmehr sind Innovationen das langfristige Ziel, für die durch das Instrument der Berufsorientierung der Boden bereitet werden soll. Dabei besteht im Feld ein Innovationsverständnis, welches impliziert, dass Innovationen nicht durch zentrale Steuerung hergestellt werden können, sondern für die der Staat durch eine aktive Sozialpolitik – etwa durch Maßnahmen im Bildungsbereich unter Rekurrerung auf Innovationswissen – begünstigende Rahmenbedingungen schaffen muss. So kann auch hier der allgemeine Trend der Verschiebung der Regierungsrationalität von Fremd- auf Selbststeuerung über einen ökonomischen Mechanismus ausgemacht werden, den Foucault als „neoliberale Logik“ bezeichnet (Foucault 2004). Hinsichtlich der Innovationspolitik können zwar verschiedene Dimensionen und Interventionsfelder identifiziert werden, die hier anvisierte Dimension ist allerdings jene der Befähigung von Individuen, um zu einem späteren Zeitpunkt Teil einer *innovativen Wirtschaft* zu sein. Dies wird durch die Ausbildung von Fachkräften – primär durch das duale System sowie durch die Förderung von MINT-Fächern – angestrebt.

Betrachtet man die Praxis der Berufsorientierung (z. B. die Berufsberatung), in der diese politischen Ziele verfolgt werden, können strategische wie nicht intendierte Machteffekte beobachtet werden. Letztere insbesondere durch das situative Aufeinandertreffen mit anderen gesellschaftlichen Narrativen (wie etwa jenem der Selbstverwirklichung); mit organisationalen Logiken (wie beispielsweise der Vermittlung in Ausbildung als Zielvorgabe); oder durch die Anwendung von entlehnten Techniken wie jener der Beratung oder des Testens, die verstärkt subjektivierend wirken (zur Technik der Beratung siehe Traue 2010; zu Tests siehe Horn 2002; Lemke 2004).

Anschließend an die beiden anderen Fallbeispiele im Feld der Politik und der Pflege können auch im Kontext der staatlichen Berufsorientierung und dem dort relevanten Innovationsdiskurs verschiedene Machteffekte

siven Dimension auch die situative Wirkweise zu erfassen, in welcher Subjektivierungsprozesse stattfinden.

festgestellt werden. Dabei werden in diesem Beispiel Subjektivierungsprozesse durch staatliche Berufsorientierung fokussiert, die als weitere Form von *Machteffekten* herausgearbeitet werden können.¹⁴ Die hier untersuchten berufsorientierenden Maßnahmen – die mit den oben dargestellten politischen Zielen und somit auch mit dem Innovationsdiskurs verknüpft sind – setzen in der Regel gegen Ende der Schulzeit an und sind teilweise in den schulischen Curricula verankert. Dabei ist eine Tendenz zur früheren, verpflichtenden und quantitativ umfangreicheren Berufsorientierung festzustellen. Neben der quantitativen „Mehrkonfrontation“ der Schülerinnen und Schüler mit Informations- und Beratungsangeboten sowie Selbst- und Kompetenztests – die auch zu einem großen Teil (interaktiv) über das Internet stattfinden – wird die Auseinandersetzung mit der persönlichen Zukunftsplanung auch durch die normative Überhöhung als „Lebensentscheidung“ forciert.¹⁵ Die damit einhergehende aktive Beschäftigung mit der eigenen Zukunftsvorstellung und dem eigenen Selbstverständnis wirkt subjektivierend und erhöht die Empfänglichkeit sowohl für inhaltliche Themen (z. B. spezifische Berufsbilder) als auch – und dies ist viel weitreichender – hinsichtlich der Aneignung von Wahrnehmungs- und Deutungsmustern als Schablone für das subjektive Selbstverständnis.

Im Informationsmaterial der Berufsorientierung, in den angebotenen Tests und in den Beratungsgesprächen werden die oben genannten diskursiven Elemente der „Fachkräfte“, der „dualen Ausbildung“ und der „MINT-Fächer“ aufgegriffen und als Zukunftsoptionen für die Schülerinnen und Schüler bereitgestellt. So werden beispielsweise vielversprechende Berufe als Möglichkeitsoptionen vorgestellt; es wird der Versuch unternommen, Schülerinnen für MINT-Fächer zu begeistern; oder die Option der dualen Ausbildung wird normativ aufgewertet, indem Narrationen der „praxisfernen Akademiker“ erzählt werden. Die Darstellung solcher Inhalte bieten

14 Mit dem Verhältnis von Regierungstechnologien und Prozessen der Subjektivierung beschäftigen sich die Gouvernementalitätsanalysen, an die hier angeschlossen wird (siehe hierzu beispielhaft Bröckling 2013; Bröckling/Krasmann/Lemke 2000; Rose 1999).

15 Eine besondere Ausprägung der Informationsangebote stellen die interaktiven Plattformen im Internet etwa in Form von Selbsttests und zur Ermittlung von passenden Berufsbildern dar. Über ihr interaktives Format und den personalisierten Zuschnitt weisen sie ein größeres Subjektivierungspotential auf als herkömmliches Informationsmaterial, bei welchem die Leserin und der Leser stärker selbst selektieren, wohingegen durch personalisierte Plattformen nur das bereits maßgeschneiderte Material zur Verfügung gestellt wird – ohne Kenntnis der gesamten Informationsbreite und ohne Wissen über die Selektionskriterien.

diskursive Subjektpositionen, die den Schülerinnen und Schülern als Zukunftsoptionen bereitgestellt werden. Zudem bringen die Techniken des Testens und Beratens durch die Herstellung von Objektivität, die dadurch entstehende legitimierende Wirkung und ihren spezifischen Zugriff auf das Subjekt eine eigene Wirkmächtigkeit mit in die Berufsorientierung, die gerade in der Kombination von Kompetenztests und Berufsberatung subjektivierend wirken.

Zusätzlich zu diesen strategischen Subjektivierungseffekten können empirisch auch nicht intendierte Effekte ausgemacht werden. In den Tests und in den Beratungssituationen werden Subjekte angerufen, die sich selbst als Träger von Kompetenzen mit spezifischen Stärken, aber auch Schwächen verstehen. So bietet etwa die interaktive Online-Plattform *Berufe-Universum* der Bundesagentur für Arbeit an: „[...] mehr über deine beruflichen Interessen und persönlichen Stärken zu erfahren und dazu passende Berufsfelder und Berufe für dich zu finden“ (Bundesagentur für Arbeit, www.portal.berufe-universum.de). Auf diese interaktiven Selbsttests oder Testverfahren wie den Berufswahltest wird dann in den Beratungsgesprächen Bezug genommen:

„Beraterin (B): Gut, sie dürfen sich ja selbst einschätzen, nämlich hinsichtlich Belastbarkeit. [...] [da] haben Sie so gesagt, ok [Schüler (S): Ah das war das] so in der Mitte liegt das [S: mhm]. Sie halten sich aber für relativ geschickt [S: würd ich schon sagen [lacht]]. Ja. Motivation kann man sagen, da [S: das kommt halt echt drauf an, ne?] Mhm. Aber es ist auf jeden Fall noch Luft nach oben, ne? Das kann man schon feststellen? [S: Ja, auf jeden Fall] Also nach ihrer eigenen Einschätzung. Also Organisationsfähigkeit [S: Interessant, dass das so hoch ausgefallen ist [lacht]] Würden Sie das, also empfinden Sie das als überraschend?“ (Berufsberatungsgespräch)

Die Kompetenzen werden in vorab stattfindenden Tests entweder durch Selbsteinschätzung oder einen „Stärkecheck“ durch Beispielaufgaben abgefragt und dann im Verlaufe des Beratungsgesprächs besprochen und mit „passenden“ Berufsfeldern zusammengebracht. Die Tests produzieren eine Objektivität, die schwer zu hinterfragen ist. Dabei definierte Stärken befähigen zu gewissen Berufsfeldern; Schwächen schließen aber genauso gewisse Optionen aus.

„B: Ja, also auf jeden Fall, schätzen sie alles, diese ganzen abgefragten Kompetenzen im Prinzip über der 50 %-Linie ganz deutlich ein. Ja, nur die Belastbarkeit. Warum?

S: Ich weiß nicht, was wurde da gefragt?

B: Ich hab keine Ahnung, was da gefragt wurde.

S: Ich weiß nicht. Keine Ahnung, also was muss ich mir unter Belastbarkeit vorstellen?

B: Naja, also es gibt unterschiedliche Arten von Belastbarkeit.“ (Berufsberatungsgespräch)

Äußern Jugendliche in den Beratungsgesprächen Vorstellungen, die Beraterinnen oder Berater negativ einschätzen, so werden oft „passendere Alternativen“ vorgeschlagen. Dabei wird etwa auf die zuvor thematisierten Kompetenzen, aber auch auf Interessen oder auf ökonomische Gründe verwiesen.

„S: Und ich hab auch überlegt in den Bereich Mechatroniker irgendwie zu gehen [B: ja] also KFZ-Mechatroniker. B: Warum nicht Mechatroniker? S: Was ist Mechatroniker? B: [...] also NACKTE Mechatroniker sozusagen, ohne KFZ [S: mhm], die arbeiten zum Beispiel bei Osram, und die Mechatroniker, das ist deshalb ein spannender Beruf, weil in diesem Beruf verschiedene Aspekte miteinander in Berührung kommen. [...] eigentlich sowas was ich mir vorstellen könnte, was ihnen gut gefallen könnte, weil es sehr abwechslungsreich ist.“ (Berufsberatungsgespräch)

Dabei wird im Beratungsprozess oft auf Fachwissen und Fachtermini rekurriert, was die Schülerinnen und Schüler offensichtlich verunsichert. Dabei werden z. B. digitale Informationsplattformen (wie die Plattform *Berufenet* der Bundesagentur für Arbeit) als objektives Wissen und als Horizont der Wahlmöglichkeiten präsentiert.

Schülerinnen und Schüler haben in den Beratungsgesprächen jedoch trotz des Machtungleichgewichts auch die Möglichkeit, eigene Sichtweisen in das Gespräch einzubringen. So verweisen sie etwa auf die Narrative „Spaß am Beruf“ oder „Selbstverwirklichung im beziehungsweise durch den Beruf“. Der Topos der Selbstverwirklichung und die sich im selben semantischen Feld befindenden „Interessen“ werden bereits als Items durch die Tests in den Diskurs eingeführt und werden dadurch zu einem relevanten und legitimen Bezug für die persönliche Berufswahl. Wird der Bezug jedoch in einem Kontext hergestellt, der den Beratenden als nicht erstrebenswert erscheint, können diese wiederum relativiert werden. So verweisen die Be-

ratenden etwa darauf, dass der Beruf in erster Linie zur Sicherung des Lebensunterhaltes da sei und nicht „Spaß machen müsse“, wie es etwa im folgenden Ausschnitt eines Beratungsgesprächs deutlich wird; oder der Selbstverwirklichungsgedanke wird in Verbindung zu den individuellen Kompetenzen gebracht – mit Verweis darauf, dass ein Beruf dann erfüllend sei, wenn er den eigenen Kompetenzen entspricht.

„B: Gesundheits- und Krankenpfleger ist eine der beiden schulischen Ausbildungen; schulisch in Anführungsstrichen [S: mhm], für die man tatsächlich Ausbildungsvergütung bekommt.

S: Ich hab gehört, es soll nicht so viel Spaß machen [angedeutetes lachen].

B: Mhm, Und? Ist das für sie wesentlich?“ (Berufsberatungsgespräch)

Zusammenfassend kann empirisch festgestellt werden, dass der Innovationsdiskurs im Kontext der staatlichen Berufsorientierung *subjektivierende Machteffekte* mit sich bringt, die in strategische und nicht intendierte Effekte unterschieden werden können. Die im Innovationsdiskurs genannten politischen Ziele (Fachkräfte, duale Ausbildung, MINT-Fächer) werden als diskursive Themen im Informationsmaterial der Berufsberatung formuliert und als Optionen für Zukunftsvorstellungen und Selbstverständnisse bereitgestellt. Darüber hinaus werden sie in Kombination mit „Interessen“ und „Kompetenzen“ in den Tests aufgegriffen und mit „passenden Berufsfeldern“ zusammengebracht. In den Beratungsgesprächen wird dieser Zusammenhang erneut aufgegriffen, und die Schülerinnen und Schüler werden als Trägerinnen und Träger von Kompetenzen und Interessen angerufen. Die berufsorientierenden Angebote haben *in actu* dadurch strategische und nicht intendierte Subjektivierungseffekte, indem sie auf spezifische Diskurse (Berufsbilder, duale Ausbildung, Kompetenzen und Interessen) verweisen und machtvolle Techniken (Beratung, Tests) verwenden. Als strategische Subjektivierungseffekte können hier die Vermittlung von bestimmten Inhalten wie Berufsbilder im MINT-Bereich oder die Förderung der dualen Ausbildung festgestellt werden. Zudem können nicht intendierte subjektivierende Effekte herausgearbeitet werden wie die Aneignung von „Kompetenzen“ und „Interessen“ als Wahrnehmungs- und Deutungsmuster hinsichtlich des eigenen Selbstverständnisses.

Betrachtet man die Berufsorientierung in einem größeren gesellschaftlichen Kontext als einen Bereich, der nicht nur von staatlichen Angeboten geprägt wird, sondern maßgeblich vom sozialen Umfeld der sich Orientierenden und den Medien beeinflusst ist, kann der Einsatz der staatlichen

berufsorientierenden Maßnahmen als intervenierende Variable gesehen werden. So weisen Praktikerinnen und Praktiker der Berufsberatung darauf hin, dass negative Einflüsse von Familien (die aufgrund mangelnder Unterstützung Kinder hemmen oder durch zu hohe Ansprüche überfordern) oder medial vermittelte Modeberufe (z. B. im Bereich Medien oder im Immobiliensektor) durch staatliche Berufsorientierungsprogramme ausgeglichen werden müssen. Berufsorientierung kann demnach als Steuerungsinstrument verstanden werden, um bestimmte politische Ziele zu erreichen und Gesellschaft aktiv zu gestalten.

Die in diesem Beitrag untersuchten Innovationsdiskurse verknüpfen im Kontext der staatlichen Berufsorientierung das Thema der „Innovation“ als politisches Ziel mit den Aspekten der dualen Ausbildung, Fachkräften und MINT-Fächern, um dadurch ökonomische Prosperität zu erreichen. Durch die Förderung dieser sozioökonomischen Voraussetzungen soll dann die Innovationsfähigkeit Deutschlands aufrechterhalten werden. Es ist auffällig, dass die Verknüpfung der Innovationsthematik mit diesen (sozio-)ökonomischen Logiken wenig konfrontativ abläuft und durchweg positiv besetzt ist. So ist dann auch die bildungspolitische Innovationspolitik sehr anschlussfähig an die bereits bestehenden Diskurse der Berufsorientierung und an die praktischen berufsorientierenden Maßnahmen.

3. Machtvolle Neuordnung über nicht konfrontative Innovationsdiskurse

Die empirischen Beispiele zeigen, dass über Innovationsdiskurse soziale Strukturen in Verbindung mit Macht neu ausgehandelt bzw. reproduziert werden. Dabei kann als zentrale Gemeinsamkeit der drei untersuchten Fälle die Implementierung von ökonomischen Wahrnehmungs- und Deutungsmustern über Innovationsdiskurse genannt werden.

Dies kommt *erstens* in der Bedeutungskonstituierung und deren Durchsetzung von Innovation als leitendem Wahrnehmungs- und Deutungsmuster im politischen System in Deutschland zum Ausdruck; insbesondere in der wechselseitigen Wirkkraft zwischen semantisch ausgetragenen Bedeutungsstrukturen und institutionell transformierten Wissensbeständen. Diese semantischen Bedeutungskonstitutionen schlagen sich *zweitens* in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen nieder, wobei unter Rekurs auf die positiven Konnotationen der Bedeutung von Innovation strategische Interessen durchgesetzt werden und sich beispielsweise Arbeitsorganisationen in der Pflege sowie Berufs- und Rollenauffassungen verändern. *Drittens*

wird im Feld der Berufsorientierung anschließend an den politischen Innovationsdiskurs die positive Innovationsthematik mit der Förderung von Fachkräften durch duale Ausbildung und MINT-Fächer verknüpft. Letztere werden wiederum in staatlichen Berufsorientierungsprogrammen relevant und führen unter dem Einsatz der Techniken der Beratung und des Testens zu Subjektivierungsprozessen.

Die beschriebenen innovationsdiskursspezifischen Neuaushandlungen von sozialen Ordnungen zeigen sich in der Empirie anhand von folgenden *Machteffekten*, welche (analytisch) in strategische Effekte – durch den Versuch der Durchsetzung von Interessen – sowie nicht intendierte Nebeneffekte zu trennen sind und in ihrer Gesamtheit die machtvollen Wirkungen von Innovationsdiskursen erkennen lassen. So lassen sich im Bereich der *Politik* Machteffekte im semantischen Feld hinsichtlich der Auswirkungen auf die Institutionalisierungsprozesse des politischen Systems Deutschland identifizieren, die sich in der Neugründung von Organisationen, Kommissionen oder kollektiven Einheiten sowie in Form von Veränderungen konventionell bestehender Körperschaften des politischen Systems (beispielsweise der strukturellen Veränderungen von Bundesministerien) zeigen. Die so semantisch ausgehandelten Kommunikationsformen bilden sich als ein eigenständiges Element in der diskursiven Konstruktion der Bedeutungsmacht heraus. Die Beispiele der diskursiven Prozesse und Strategien um Innovationen der beteiligten Instanzen zeigen, dass der Grund für die Konstitution von Wahrnehmungs- und Deutungsmustern (im Sinne der diskursiv geschaffenen Wirklichkeit) nicht nur die Institutionenbildung ist. Vielmehr führt dies zu einer Strukturierung von Wissen, die diese gleichzeitig legitimiert. Machteffekte zeigen sich folglich nicht nur in Form einer Benennungsmacht,¹⁶ vielmehr zeigt sich hier eine semantisch etablierte *Bedeutungsmacht*, die im steten Wechselverhältnis langfristig stabilisierter Bedeutungs- und Wissensstrukturen auf der semantischen Ebene durch institutionell bedingte Kommunikationsformen hervorgebracht werden.

Konkrete Machteffekte der Aushandlung und der Bedeutungskonstitution auf der politischen Ebene zeigen sich anschließend empirisch im Feld der *Pflege* über die Einschreibung von ökonomischen Logiken in technische Innovationen (hier bei innovativen Sicherheitstechniken). Diese haben sowohl „harte“ Effekte wie die Umgestaltung von arbeitsorganisatorischen Prozessen und Personalpolitiken sowie auch die generelle Einführung von ökonomisch geprägten Wahrnehmungs- und Deutungsmustern, welche die

16 Wobei hier nicht „Benennungsmacht“ im Sinne Bourdieus (1985) gemeint ist, der damit auf das symbolische Kapital anspielt.

traditionellen sozialen Strukturen in der Pflege nachhaltig sowie langfristig transformieren. Diese Implementierung der ökonomischen Logiken über das Beziehen auf Innovationen – bzw. die Nutzung von Diskursmacht in Innovationsdiskursen – findet sowohl strategisch also auch nicht intendiert statt. Beispielsweise sind Effizienzsteigerungen und Kostenreduktionen durch technische Assistenzsysteme und die dadurch erhoffte Finanzierbarkeit von Pflege trotz des demographischen Wandels seitens der Kostenträger und der politischen Akteure durchaus absichtsvoll und strategisch; die möglichen langfristigen Folgen wie die Deprofessionalisierung der Pflegekräfte sowie die Umdeutungen von Vorstellungen von „guter“ oder sozial erwünschter Pflege hingegen nicht. Deutlich wird die Diskrepanz zwischen semantischer Integration von ökonomischen Logiken und sozial erwünschter Steigerung der Lebensqualität mit den empirisch im Feld vorfindbaren Praktiken. Denn empirisch ist fast ausschließlich eine nicht auf Lebensqualität bezogene Effizienzsteigerung im ökonomischen Sinne vorzufinden.

Im Feld der *staatlichen Berufsorientierung* wird der Innovationsdiskurs zur Erreichung sozioökonomischer Ziele mit den Konzepten „Fachkräfte“, „duale Ausbildung“ und „MINT“ verknüpft. Staatliche Berufsorientierung ist im Sinne einer aktiven Sozialpolitik zum einen eine regulative Maßnahme gegenüber negativen Einflüssen – etwa der Medien oder der Familien – und zielt zum anderen gesellschafts- und wirtschaftspolitisch auf eine innovationsfähige Wirtschaft. Als konkrete Machteffekte des Innovationsdiskurses können in der Praxis der Berufsorientierung Subjektivierungseffekte ausgemacht werden, die insbesondere durch den Einsatz der Techniken des Beratens und Testens hervorgebracht werden. Als strategische Subjektivierungseffekte können die Vermittlung von bestimmten Inhalten wie Berufsbildern im MINT-Bereich oder die Förderung der dualen Ausbildung festgestellt werden. Diese sind politisch intendiert und werden in berufsorientierenden Maßnahmen beworben. Zudem können nicht intendierte subjektivierende Effekte herausgearbeitet werden wie die Etablierung von „Kompetenzen“ und „Interessen“ als Wahrnehmungs- und Deutungsmuster hinsichtlich des eigenen Selbstverständnisses. In den Selbst- und Kompetenztests sowie in den Beratungsgesprächen werden die Schülerinnen und Schüler als Subjekte angerufen, die Trägerinnen und Träger von „Kompetenzen“ und „Interessen“ sind, und eignen sich diese bezüglich ihrer Selbstbeschreibung an.

Hinsichtlich der Machteffekte in Innovationsdiskursen zeigt sich als Spezifikum, dass die Neuaushandlungen von sozialen Ordnungen auffallend wenig konfrontativ ablaufen. In allen drei empirischen Fällen stoßen

die sozialen Aushandlungsprozesse über Innovationsdiskurse (die Einführung von technischen Assistenzsystemen; die politische Planung des gesellschaftlichen Strukturwandels; die Ausbildung von Fachkräften über staatliche Berufsorientierungsprogramme) auf wenig Opposition. Das *Nichtkonfrontative* resultiert aus der grundlegend positiven Ausprägung des Innovationsbegriffes, die er seit der Französischen Revolution mit sich führt (Godin 2008). Darüber hinaus ist der Innovationsbegriff – im Sinne eines *leeren Signifikanten* – situativ mit verschiedenen Bedeutungsinhalten füllbar, wodurch er in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen einfach integriert werden kann. Dies führt dazu, dass Konflikte, die über Innovationsdiskurse ausgetragen werden, weniger sichtbar und damit vermindert Gegenstand offener Konfrontation sind, wodurch wiederum die Aushandlungsprozesse weniger konfrontativ ablaufen. Es ist die Tendenz ersichtlich, dass die Machtmittel – wie die Verwaltung von Wissensbeständen, die Zuteilung von Ressourcen oder die Zielsetzung politischer Programme – bei der Durchsetzung von strategischen Zielen einzelner Akteursgruppen weniger linear und vielmehr latent und diffus hinsichtlich der Erkennbarkeit von Intentionen und angewandten Machtmitteln zum Ausdruck kommen.

So zeigt sich, dass im politischen Diskurs langfristig gewachsene Bedeutungsstrukturen prozessieren und sich dadurch verschiedene Bedeutungsgehalte konstituieren. Dabei ist festzuhalten, dass frühere Bedeutungen nicht gänzlich verschwinden, sondern weiter mitgetragen werden und sich parallel zu ihnen neue Verständnisse entwickeln. Die Bedeutungskonstitution im politischen Bereich weist dabei im diskursiven Prozess eine Synthese zwischen ökonomischen Zielen und einer diffus definierten Steigerung der individuellen Lebensqualität sowie der gesellschaftlichen Prosperität in Anschluss an das moderne Fortschrittsparadigma auf. Aufgrund der Prägung des zeitgenössischen Innovationsbegriffes aus technisch-ökonomischen Kontexten werden die dort herrschenden traditionellen und positiven Konnotationen des wirtschaftlich-technischen Fortschritts im Kontext von Innovationen bei der Übernahme der Innovationsthematik in neue gesellschaftliche Bereiche mittransportiert. Als Konsequenz dessen lassen sich gegenwärtige Innovationsdiskurse gut an ökonomische Logiken koppeln (Rammert et al. 2016).

Im politischen Bereich lässt sich dadurch im Kontext von Innovationsdiskursen eine vorhandene Anschlussfähigkeit an die neoliberale Tendenz gegenwärtiger gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse finden. Dies zeigt sich in klassisch ökonomischen Argumenten wie jenem des wirtschaftlichen Wachstums im politischen Feld, der Kosteneinsparung im Feld der Pflege oder der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Fachkräfte im Feld der

Berufsorientierung. Zudem werden sozioökonomische Argumente angeführt wie der Verweis auf gesellschaftlichen Wohlstand durch erhöhte Wettbewerbsfähigkeit in politischen Diskursen oder die Erhöhung der Lebensqualität von Gepflegten aufgrund des effizienteren Personaleinsatzes durch technische Assistenzsysteme. Die artikulierten Argumente in den verschiedenen Bereichen verweisen zwar auf das Gemeinwohl, erreicht werden soll dieses jedoch primär durch ökonomische Faktoren. Dieser Prozess kann demnach ökonomische Interessen in Innovationsdiskursen legitimieren und erschwert dadurch Widerstände gegen die gesamtgesellschaftlich als legitim wahrgenommenen Aspekte der sozioökonomischen Prosperität.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass ein für *Innovationsdiskurse spezifisches Machtphänomen* in der semantischen Kopplung von tendenziell ökonomisch-effizienzorientierten Wahrnehmungs- und Deutungsmustern mit denen anderer gesellschaftlicher Teilbereiche liegt, wodurch die Artikulation und Durchsetzung ökonomischer Interessen auf weniger Widerstand stoßen. Auf der nicht diskursiven Ebene¹⁷ zeigt sich allerdings, dass die semantische Betonung der Vereinbarkeit von ökonomischen mit anderen Interessen in der Empirie nur sehr bedingt zu finden sind. Hier sind die Folgen von Innovationsdiskursen vor allem in Praktiken zu finden, die die Logiken wirtschaftlich-technischer Interessen und ihrer Träger im Diskurs integrieren. Über Innovationsdiskurse findet demnach eine Ausbreitung von tendenziell primär ökonomischen Logiken und Interessen in andere soziale Kontexte statt, wobei diese durch den Bezug auf die positiven Zuschreibungen von Innovationen nicht konfrontativ, sondern implizit stattfinden.

4. Fazit

Der Beitrag zeigt durch die empirische Analyse dreier Fälle, dass eine diskursanalytische Perspektive in der Innovationsforschung sowohl die Konstitution als auch die Diffusion von Innovationen und deren sozialen Folgen zugänglich macht. Dies geschieht durch einen diskursanalytischen Zugriff auf Machteffekte auf der diskursiven Ebene sowie in den (nicht

17 Unter der nicht diskursiven Ebene werden hier alltagsweltliche (Bühmann/Schneider 2012, S. 96 ff.), nicht sprachliche Praktiken verstanden. Eine differenzierte Betrachtung zwischen diskursiven und nicht diskursiven Elementen des Diskurses leistet der bisherige Stand der Forschung nicht (Wrana/Langer 2007).

diskursiven) Praktiken, Objektivationen und Subjektivierungsprozessen. Der Mehrwert dieser Perspektive liegt vor allem in der Verortung der Innovationsphänomene in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. Dabei werden explizit Innovationsdiskurse in den Blick genommen und so die komplexen Wechselwirkungen von Wissensbeständen und Machtbeziehungen im Kontext von Innovationen berücksichtigt. Ein diskursanalytischer Zugang ermöglicht es, Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu berücksichtigen, die im analytischen Vergleich von diskursiven und nicht diskursiven Praktiken zugänglich werden, und geht so über die „konventionelle“ Innovationsforschung hinaus. Wenn auch in diesem Beitrag die diskursive Ebene betont wird, möchten wir vorschlagen, weiterführend auch die nicht diskursive Dimension zu berücksichtigen, die für die empirische Analyse gesellschaftlicher Wirklichkeit unabdingbar bleibt.

Wie die hier untersuchten Innovationsdiskurse hinsichtlich ihrer *Machteffekte* zeigen, ist der in den Innovationsdiskursen konstituierte Bedeutungsgehalt von Innovation ökonomisch konnotiert. Es wäre jedoch zu untersuchen, inwiefern weitere empirische Innovationsdiskurse auch andere Bedeutungsgehalte aufweisen – wie beispielsweise jener der Nachhaltigkeit in Umweltdiskursen. Der hier identifizierbare „ökonomische“ Fokus ist für andere Felder empirisch zu überprüfen und gegebenenfalls auszudifferenzieren. Prinzipiell wäre auch zu klären, inwieweit eine intendierte Durchsetzung von Interessen einzelner Diskursteilnehmer in Innovationsdiskursen für die übrigen Diskursteilnehmer als kontingente Sozialität wahrgenommen oder als faktische Gegebenheit in der *Innovationsgesellschaft* akzeptiert wird.

Abschließend wird in diesem Beitrag für die empirische Analyse von Wissens- und Machtdynamiken von Innovationsphänomenen aus einer – um konkrete Praktiken erweiterten – diskursanalytischen Perspektive plädiert. Diese ermöglicht die Rekonstruktion der Etablierung von Wahrnehmungs- und Deutungsmustern in Innovationsdiskursen, die empirische Erfassung von strategischen Interessen verschiedener Akteure sowie deren machtvolle Durchsetzung. In diesem Sinne konnten in diesem Beitrag die schwer erfassbaren, nicht konfrontativen Machtverhältnisse als ein Spezifikum von Innovationsdiskursen identifiziert werden.

Literatur

- Berger, P./Luckmann, T. (1969): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. (1985): Sozialer Raum und „Klassen“. Zwei Vorlesungen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- BMWi/Allianz-Partner (2014): Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015-2018, www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/A/allianz-fuer-aus-und-weiterbildung-2015-2018,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf (Abruf 16.06.2016).
- Bröckling, U. (2013): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. 5. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, T. (Hrsg.) (2000): Gouvernementalität der Gegenwart. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Buhr, D./Haug, L./Heine, T. (2015): Pflegeassistent. In: Weidner, R./Redlich, T./Wulfsberg, J. (Hrsg.): Technische Unterstützungssysteme. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 200–202.
- Bührmann, A./Schneider, W. (2012): Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse. Bielefeld: Transcript.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2014): Bundesbericht Forschung und Innovation 2014. Berlin.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (2007): Schlaglichter der Wirtschaftspolitik. Berlin.
- Braun-Thürmann, H. (2005): Innovation. Bielefeld: Transcript.
- Deutscher Bundestag (2006): Antrag. Innovationen für Deutschland durch das Siebte Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union. Drucksache 16/1547.
- Deutscher Bundestag (2012): Unterrichtung der Bundesregierung Forschung und Innovation. Drucksache 17/214.
- Elias, N. (1986): Was ist Soziologie? Weinheim und München: Juventa.
- Engelhardt, A. (2015): The Sociology of Knowledge Approach of Discourse Analysis in Innovation Research: Evaluation of Innovations in Contemporary Fine Art. In: Historical Social Research. Special Issue 40(3), S. 130–160.
- Europäische Kommission (2010): Europe 2020 Flagship Initiative Innovation Union. SEC (2010) 1161. Luxemburg: Publications.
- Europäischer Rat (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.html (Abruf 15.01.2016).
- Foucault, M. (1966): Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. (1973): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve.
- Foucault, M. (2004): Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Vorlesung am Collège de France 1978–1979. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Friesacher, H. (2010): Pflege und Technik – eine kritische Analyse. In: Pflege & Gesellschaft 15(4), S. 293–313.
- Gehlen, A. (1978): Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt. Wiesbaden: AULA-Verlag.
- Godin, B. (2008): Innovation. The History of a Category. Montréal: Project on the Intellectual History of Innovation. Working Paper 1.

- Hielscher, V./Nock, L./Kirchen-Peters, S. (2015): *Technikeinsatz in der Altenpflege. Potentiale und Probleme in empirischer Perspektive*. Baden-Baden: Nomos.
- Hutter, M./Knoblauch, H./Rammert, W./Windeler, A. (2011): *Innovationsgesellschaft heute: Die reflexive Herstellung des Neuen*. Technical University Technology Studies: Working Papers (TUTS-WP-4-2011).
- Horn, E. (2002): *Test und Theater. Zur Anthropologie der Eignung im 20. Jahrhundert*. In: Bröckling U./Horn E. (Hrsg.): *Anthropologie der Arbeit*. Tübingen: Gunter Narr, S. 109–125.
- Imbusch, P. (2012): *Machtfiguration und Herrschaftsprozesse bei Norbert Elias*. In: Imbusch, P. (Hrsg.): *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 169–195.
- Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (2005): *Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit*. Konstanz: UVK.
- Knoblauch, H. (2013): *Kommunikativer Konstruktivismus. Theoretische und empirische Arbeiten zu einem neuen wissenssoziologischen Ansatz*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Kälble, K./Borgetto, B. (2016): *Soziologie der Berufe im Gesundheitswesen*. In: Richter, M./Hurrelmann, K. (Hrsg.): *Soziologie von Gesundheit und Krankheit*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 369–383.
- Keller, R. (2011): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Keller, R. (2014): *Wissenssoziologische Diskursforschung und Deutungsmusteranalyse*. In: Behnke, C./Lengersdorf, D./Scholz, S. (Hrsg.): *Wissen-Methode-Geschlecht: Erfassen des fraglosen Gegebenen*. Wiesbaden: Springer, S. 143–161.
- Knoblauch, H. (2016): *Kommunikatives Handeln, das Neue und die Innovationsgesellschaft*. In: Rammert, W./Windeler, A./Knoblauch, H./Hutter, M. (Hrsg.): *Innovationsgesellschaft heute. Perspektiven, Felder und Fälle*. Wiesbaden: Springer, S. 111–131.
- Lemke, T. (2004): *Test*. In: Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, T. (Hrsg.): *Glossar der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 263–270.
- Rammert, W./Windeler, A./Knoblauch, H./Hutter, M. (2016): *Die Ausweitung der Innovationszone*. In: Rammert, W./Windeler, A./Knoblauch, H./Hutter, M. (Hrsg.): *Innovationsgesellschaft heute. Perspektiven, Felder und Fälle*. Wiesbaden: Springer, S. 3–13.
- Kühne, H. (2015): *Chancen und Herausforderungen. Nutzerbedarfe und Technikakzeptanz im Alter. Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis 24(2)*, S. 28–35.
- Ott, M./Wrana, D. (2010): *Gouvernementalität diskursiver Praktiken. Zur Methodologie der Analyse von Machtverhältnissen am Beispiel einer Maßnahme zur Aktivierung von Erwerbslosen*. In: Angermüller J./van Dyk, S. (Hrsg.): *Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen*. Frankfurt und New York: Campus, S. 155–181.
- Passoth, J./Rammert, W. (2016): *Fragmentale Differenzierung und die Praxis der Innovation. Wie immer mehr Innovationsfelder entstehen*. In: Rammert, W./Windeler, A./Knoblauch, H./Hutter, M. (Hrsg.): *Innovationsgesellschaft heute. Perspektiven, Felder und Fälle*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 39–67.
- Peine, A. (2006): *Innovation und Paradigma. Epistemische Stile in Innovationsprozessen*. Bielefeld: Transcript.
- Pelizäus-Hoffmeister, H. (2013): *Zur Bedeutung von Technik im Alltag Älterer. Theorie und Empirie aus soziologischer Perspektive*. Wiesbaden: VS-Verlag.

- Rose, N. (1999): *Powers of Freedom. Reframing Political Thought*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schütz, A. (1993): *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schütz, A./Luckmann, T. (1979): *Strukturen der Lebenswelt. Band 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Strauss, A./Fagerhaugh, S./Suczek, B./Wiener, C. (1982): *Sentimental work in the technologized hospital*. In: *Sociology of Health and Illness* 4(3), S. 254–278.
- Traue, B. (2010): *Das Optionalisierungsdispositiv. Diskurse und Techniken der Beratung*. In: Angermüller, J./van Dyk, S. (Hrsg.): *Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen*. Frankfurt am Main und New York: Campus, S. 237–260.
- Weinberger, N./Decker, M. (2015): *Technische Unterstützung für Menschen mit Demenz? Zur Notwendigkeit einer bedarfsorientierten Technikentwicklung*. In: *Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis* 24(2), S. 36–45.
- Wilkesmann, M. (2016): *Transformationsprozesse im Krankenhauswesen*. In: Richter, M./Hurrelmann, K. (Hrsg.): *Soziologie von Gesundheit und Krankheit*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 353–369.
- Wrana, D./Langer, A. (2007): *An den Rändern der Diskurse. Jenseits der Unterscheidung diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken*. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* 8(2).